

Nr. 02 | 28.01.2011

VERLEUMDUNGEN DER OPPOSITION LAUFEN INS LEERE

Starkes Mandat für die Truppe vor Ort

Der Deutsche Bundestag hat das Einsatzmandat der deutschen Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan am Freitag verlängert. Mit dem klaren Kurs in Richtung "Übergabe in Verantwortung" hat die christlich-liberale Bundesregierung dem Afghanistan-Einsatz ein klares und realistisches Ziel gegeben. Vor diesem Hintergrund stimmten nicht nur die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP, sondern auch die große Mehrheit der SPD-Abgeordneten für die Verlängerung.

Bereits am Mittwoch hatte sich der Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg ausführlich den Fragen der Verteidigungspolitiker aller Fraktionen gestellt. Dabei ging es auch um Vorfälle innerhalb der Bundeswehr, die in den vergangenen Tagen zu einer verstärkten Berichterstattung der Presse geführt hatten. In der Befragung wurde einmal mehr deutlich, wie ernst der Minister seine Verantwortung für das Land und für die Truppe nimmt.

SPD schließt sich zu Guttenbergs "Übergabe in Verantwortung" an

Vor dem Verteidigungsausschuss bestätigte sich zudem der Verdacht, dass das oppositionelle Linksbündnis den Bericht des Wehrbeauftragten für unredliche Kritik missbraucht. Dass Rot, Rot und Grün genau wissen, wie unberechtigt ihre Kritik an zu Guttenberg ist, ist auch daran erkennbar, dass sie Politiker der dritten Reihe vorschickten, um den Minister anzugehen. Susanne Kastner (SPD) unterstellte zu Guttenberg Nervosität, Omid Nouripour (Grüne) kritisierte seine Amtsführung und Paul Schäfer (Linke) machte – Gipfel des Absurden! – die Auslandseinsätze der Bundeswehr für den Tod der Offiziersanwärterin auf der Gorch Fock mitverantwortlich.

Oppositionelle Kritik auf Kosten der Soldatinnen und Soldaten

Wahr ist jedoch: Der Verteidigungsminister handelt entschlossen und klärt auf, was aufzuklären ist. Im Fall des in Afghanistan verunglückten Kameraden ermittelt die Staatsanwaltschaft seit Wochen. Die Gorch Fock wurde so schnell wie möglich in ihren Heimathafen zurückbeordert. Die Öffnung einzelner Feldpostbriefe aus Afghanistan wird schonungslos aufgeklärt. Mit diesen klaren Maßnahmen wird der Verteidigungsminister seiner Verantwortung gerecht – nicht zuletzt gegenüber der Truppe im Einsatz. Sie verdient – auch wenn die Opposition das gerne vergisst – unseren Respekt.

Die von der unionsgeführten Bundesregierung initiierte Mandatsverlängerung zeigt, dass die Koalition hinter dem Einsatz unserer Soldaten steht. Die Männer und Frauen in Uniform zeigen höchstes Engagement und gehen für diesen Einsatz ein persönliches Risiko ein. Die Opposition täte gut daran, ihren Einsatz für Frieden und Freiheit der Menschen in Afghanistan und der ganzen Welt nicht mit unüberlegten Vorwürfen gegen die Truppe in den Schmutz zu ziehen.

FRIEDRICH FÜR HEIMISCHE AGRARWIRTSCHAFT

Bayerischer Gipfel in Berlin

Die Christsozialen im Bundestag stehen zur bayerischen Landwirtschaft. Auf der Grünen Woche bekannte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich: "Landwirtschaft bedeutet Zukunft!" Ein Skandal in der Futtermittel-Industrie werde sein Vertrauen in die Agrarwirtschaft nicht schmälern.

Für die bayerischen Landwirte ist die Grüne Woche in Berlin ein Heimspiel, denn auch politisch ist der Freistaat in der Hauptstadt bestens vertreten. Bei der Bundestagswahl 2009 lag in allen 45 bayerischen Wahlkreisen der CSU-Kandidat vorne. Auf dieser Grundlage setzte die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, die die heimische Agrarwirtschaft besonders fördert, nicht nur ihren Anspruch auf das Landwirtschaftsministerium durch. Vielmehr sicherten sie sich einen noch größeren Einfluss in der Regierungskoalition. Bayern geben in der christlich-liberalen Koalition somit an entscheidenden Stellen den Ton an; und wenn Landsleute zur Grünen Woche nach Berlin anreisen, um die heimische Agrarwirtschaft zu repräsentieren, bleiben die CSU-Bundestagsabgeordneten nicht fern.

CSU macht Berlin zum Heimspiel für bayerische Bauern

Am vergangenen Freitagabend stattete Dr. Hans-Peter Friedrich, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, der Grünen Woche einen ausführlichen Besuch ab. Die Freude an der Begegnung mit Vertretern der heimischen Landwirtschaft war dem Spitzenpolitiker regelrecht anzusehen. Sein Bekenntnis zur krisengebeutelten Landwirtschaft gewann dadurch zusätzliche Glaubwürdigkeit: "Ein Volk, das nicht mehr in der Lage ist, sich selbst zu ernähren, ein Volk, das nicht mehr in der Lage ist, gesunde Nahrungsmittel für seine Bevölkerung anzubauen - ein solches Volk kann keine Zukunft haben." Daraus folgerte Friedrich: "Deswegen bedeutet Landwirtschaft, bedeuten Bauern, Zukunft für Deutschland und Zukunft für Bayern!"

Friedrich: Landwirtschaft bedeutet Zukunft

Bereits am Vorabend hatte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, die ebenfalls die CSU im Deutschen Bundestag vertritt, die Grüne Woche eröffnet. Den Spitzenpolitikern lag es dabei besonders am Herzen, die Landwirtschaft vor unfairen Attacken der Opposition in Schutz zu nehmen. Die jüngsten Enthüllungen bezüglich überschrittener Dioxin-Grenzwerte belegten Missstände alleine in der Futtermittel-Industrie; die Landwirte seien dagegen nicht für Vorgänge verantwortlich zu machen, die sie selbst zu Opfern machten.

Neben Landwirten aus dem gesamten Freistaat traf Friedrich auch mit Gerd Sonnleitner, dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, zu einem Gedankenaustausch zusammen. Dieses Treffen war ein weiteres der zahlreichen bayerischen Gespräche, die Friedrich bis spät abends führte – Sonnleitner stammt aus dem Landkreis Passau und ist zugleich Präsident des Bayerischen Bauernverbandes.